

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 4 / April 2009 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

Stimmen für den Mindestlohn

Bündnis soziales Deutschland
fordert Politik gegen Armut

Seite 3

Behandlung beim Facharzt nur gegen Vorkasse?

Tipps für betroffene
Patientinnen und Patienten

Seite 6



Foto: priamos/photocase

Kampf um den Meistertitel

Bundesliga im Blindenfußball
startet in die zweite Saison

Seite 7

Behinderte Kinder haben ein Recht auf bessere Bildung Chancengleichheit an deutschen Schulen!

In Deutschland lernen Schüler mit und ohne Behinderung getrennt voneinander. Während viele Kinder zwischen verschiedenen Schulformen wählen können, ist die Mehrheit der Eltern behinderter Kinder gezwungen, diese auf eine Förderschule zu schicken. Die Betroffenen erleben diese Form der Ausgrenzung als belastend. Zudem bleiben mehr als drei Viertel der Förderschüler ohne einen anerkannten Schulabschluss zurück.

Seit Langem setzt sich der SoVD für das Modell der Inklusion ein – für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Auf diese Weise wird neben dem Inhalt des Lehrplans schon früh auch soziale Kompetenz vermittelt. Die Kinder erleben im Umgang miteinander Beeinträchtigung nicht als Makel, sondern als Teil des gesellschaftlichen Alltags. Den Ansatz des gemeinsamen Lernens verfolgt auch die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN), welche 2008 von Deutschland ratifiziert wurde. Deren Umsetzung hat Mitte März der SoVD in einer viel beachteten Pressekonferenz vor zahlreichen Medienvertretern angemahnt.

Der Präsident des SoVD, Adolf Bauer, forderte ein klares Bekenntnis der Politik zu einem inklusiven Bildungssystem, in welchem der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern nicht länger die Ausnahme darstellt: „Wir müssen ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür schaffen, dass die Ausgrenzung von Schülern in Sondersystemen der falsche Weg ist. Ein Weg, der den Kindern Chancen ver-



Foto: Borrs

An der Rothenburg-Grundschule in Berlin lernen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam. Gegenseitige Akzeptanz gehört damit ebenso zum Alltag der Schüler wie Mathematik, Deutsch oder Erdkunde.

baut, sie abstempelt und sozial isoliert.“ Bisher beschreitet Deutschland im europäischen Vergleich noch immer einen Sonderweg: Während in Großbritannien, Portugal und Schweden über 90 Prozent der Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden, ist dieses Verhältnis im bundesdeutschen Schulsystem nahezu umgekehrt – hier liegt die Zahl bei 15,7 Prozent. Das bedeutet, dass fünf von sechs Kindern mit einer Behinderung an sogenannten Förderschulen unterrichtet werden. Der Besuch dieser

früher als „Sonderschulen“ bezeichneten Einrichtungen bedeutet für die Betroffenen fast immer lange Fahrtwege und dadurch eine Herauslösung aus ihrem näheren sozialen Umfeld. Sie können keinen Kontakt zu Spielkameraden aus der Nachbarschaft aufbauen, die meist eine nahegelegene Regelschule besuchen. Schlimmer noch: Für ihren Lebensweg erweist sich der Besuch der Förderschule als Sackgasse; über drei Viertel von ihnen bleiben ohne einen anerkannten Schulabschluss zurück.

SoVD-Präsident Bauer machte deutlich, dass hierfür das System gesonderter Schulen für behinderte Kinder verantwortlich zu machen sei, keinesfalls aber die engagierte Arbeit vieler Pädagogen an den einzelnen Förderschulen. Bestehen bleibe jedoch das grundsätzliche Problem, dass getrennt unterrichteten Kindern die Möglichkeit genommen werde, voneinander zu lernen. Bauer verwies auf die Ergebnisse entsprechender Studien: „Leistungsstarke Kinder werden

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Nach den massiven Leistungskürzungen der letzten Jahre können die Rentnerinnen und Rentner für 2009



erstmals wieder mit einer Steigerung ihrer Kaufkraft rechnen, denn die Preissteigerungsrate wird voraussichtlich unter den Anpassungssätzen von 2,41 Prozent (West) bzw. 3,38 Prozent (Ost) liegen. Der Wertverfall der Renten von mehr als 10 Prozent in den letzten fünf Jahren wird damit jedoch nur zu einem sehr geringen Teil ausgeglichen. Vor allem aber der Blick in die Zukunft trübt die Freude über den Kaufkraftgewinn, denn in den kommenden Jahren sind erneut Nullrunden zu befürchten. Gründe hierfür sind die abgeschwächte Konjunktur sowie Anpassungskürzungen durch das Wiedereinsetzen des Riesterfaktors ab 2010 und das Inkrafttreten des Nachholfaktors ab 2011. Die Politik ist daher aufgefordert, den SoVD-Forderungen nachzukommen und diese beiden Kürzungsfaktoren endlich abzuschaffen. Die Rentnerinnen und Rentner brauchen keine Einmalaktionen im Wahljahr, sondern verlässliche Rentenanpassungen, die ihren Lebensstandard für die gesamte Dauer des Rentenbezugs sichern.

**Klaus Michaelis,
Vorsitzender
Sozialpolitischer Ausschuss**

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerechten-Risikoversicherung*

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Leistung bereits ab Pflegestufe 1
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Horst Köhler: Die Krise ist eine Bewährungsprobe für die Demokratie.

In seiner „Berliner Rede“ fordert Bundespräsident Horst Köhler eine neue Weltordnung. Hier einige Auszüge:

„Jetzt sind die großen Räder gebrochen, und wir erleben eine Krise, deren Ausgang das 21. Jahrhundert prägen kann. Ich meine: zum Guten, wenn wir aus Schaden klug werden.“

„Auch im Vorfeld einer Bundestagswahl gibt es aber keine Beurlaubung von der Regierungsverantwortung. Die Bevölkerung hat gerade in der Krise den Anspruch darauf, dass ihre Regierung geschlossen handelt und Lösungen entwickelt, die auch übermorgen noch tragfähig sind. Die Krise ist keine Kulisse für Schaukämpfe. Sie ist eine Bewährungsprobe für

die Demokratie insgesamt.

„Das Auftürmen von Finanzpyramiden wurde für viele zum Selbstzweck, insbesondere für sogenannte Investmentbanken. (...) Was vielen abhanden gekommen ist, das ist die Haltung: So etwas tut man nicht. Bis heute warten wir auf eine angemessene Selbstkritik der Verantwortlichen. Von einer angemessenen Selbstbeteiligung für den angerichteten Schaden ganz zu schweigen.“

„Wir haben uns eingeredet, permanentes Wirtschaftswachstum sei die Antwort auf alle Fragen... Jetzt erleben wir, dass es der Markt allein nicht richtet. Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt.“



Fortsetzung von Seite 1

Chancengleichheit an deutschen Schulen!

nicht dadurch besser, dass die Leistungsschwachen ‚aussortiert‘ werden. Aber leistungsschwache Kinder werden in durchgängig leistungsschwachen Gruppen schlechter.“

Notwendige Vermittlung sozialer Kompetenzen

Augenmerk sollte nicht allein auf die Vermittlung bildungsrelevanter Lerninhalte gelegt werden. An Schulen findet ein Großteil der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen statt, für die gerade auch der Umgang miteinander entscheidend ist. Auf diese Weise entwickeln Kinder ein Bewusstsein für eigene Stärken und Schwächen, sie lernen, mit den Bedürfnissen des jeweils anderen umzugehen, und erleben so Individualität. Dieses eigentlich natürliche Erlernen sozialer Kompetenzen wird durch eine getrennte Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung jedoch unnötig erschwert. Statt Beeinträchtigung als Vielfältigkeit erfahrbar zu machen, wird in Deutschlands Schulsystem aussortiert. Kinder mit einem sozialpädagogischen Förderbedarf bewegen sich in einer homogenen Gruppe, und auch im Alltag einer Regelschule bleibt Behinderung etwas Ungewohntes, fernab gesellschaftlicher Normalität.



Foto: Schlemmer

Inklusive Bildung ist auch für die Medien ein wichtiges Thema. Dementsprechend groß war auch der Andrang auf der Pressekonferenz des SoVD in der Hauptstadt.

Inklusive Bildung ohne Vorbehalte

In seinem Positionspapier „UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen – Inklusive Bildung verwirklichen“ fordert der SoVD einen Rechtsanspruch der Eltern auf die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder. Bisher steht dieser Anspruch in zahlreichen Landes-

schulgesetzen noch unter Vorbehalt. So werden förderungsbedürftige Kinder oftmals abgelehnt, weil es

Bei der **Integration** eines behinderten Kindes wurde bisher in Deutschland stets eine Anpassungsleistung des Kindes verlangt. Der Gedanke der **Inklusion** dreht diese Perspektive um: Nicht das behinderte Kind muss sich der Schule anpassen, sondern die Schule muss auf die Besonderheiten und Bedürfnisse des Kindes eingehen. Bei der Inklusion müssen sich behinderte Kinder also ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe nicht erst verdienen.

an der betreffenden Schule an pädagogischem Personal fehlt oder die Räumlichkeiten nicht barrierefrei sind. Hier stehen die politisch Verantwortlichen in der Pflicht, Abhilfe zu schaffen. Ansatzpunkte gibt es durchaus: Zum einen stünden auf fachlicher Ebene die Pädagogen der Förderschulen mit ihren entsprechenden Qualifikationen bereit; zum anderen hat der SoVD bereits mehrfach auf die Chance hingewiesen, die für die Sanierung von Schulen eingeplanten Gelder des Konjunkturpaketes II für einen barrierefreien Aus- und Umbau der Gebäude zu nutzen.

Auch der Unterricht an den Schulen muss sich verändern

Die Sicherstellung einer funktionierenden Infrastruktur ist jedoch nur ein erster, wichtiger Schritt. Eine inklusive Schule muss den in-

dividuellen Bedürfnissen aller Kinder Rechnung tragen. Das bedeutet für den Bereich der Pädagogik, dass es nötig ist, bei der Vermittlung von Lerninhalten verstärkt auf die individuellen Fähigkeiten der Kinder einzugehen – unabhängig vom jeweiligen Förderbedarf. Damit würde die Tatsache berücksichtigt, dass sich jedes Kind sein Wissen auf ganz unterschiedliche Weise aneignet.

In gleichem Maße müssen auch die jeweiligen Lernziele differenziert werden. Indem Kinder mit Behinderungen auf ein für sie erreichbares Ziel hinarbeiten, werden individuelle Lernerfolge möglich – eine nicht zu unterschätzende Motivation für jedes Kind. Ohne eine solche Zieldifferenz bliebe die Tendenz zur Aussonderung des allgemeinen Schulsystems erhalten.

Keine Ausgrenzung von Förderschülern

Vor Kurzem hat sich die Kultusministerkonferenz für die Einführung eines weiteren Schulabschlusses an Förderschulen ausgesprochen. Ein entsprechender „Förderschwerpunkt Lernen“ würde jedoch vom Status her noch unter dem Hauptschulabschluss rangieren. Verbandspräsident Adolf Bauer weist vor diesem Hintergrund auf die anhaltende Ausgrenzung von Förderschülern, die es zu bekämpfen gilt: „Ein Sonderabschluss ist diskriminierend und wäre gerade zum jetzigen Zeitpunkt das völlig falsche Signal.“ Die Diskussion eines solchen Abschlusses setzt nach Bauers Überzeugung verfrüht ein: „Die Bundesrepublik hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Konvention dazu verpflichtet, dass der gemeinsame Schulbesuch behinderter und nicht behinderter Kinder nicht länger die Ausnahme ist, sondern zur Regel wird. Wir rufen die Kultusministerkonferenz daher auf, neue Wege zu beschreiten und mit der Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems zu beginnen!“ jb

Die folgenden Fallbeispiele hat die integ-Jugend des SoVD zusammengetragen. Während die erste Biografie die positiven Ergebnisse inklusiver Bildung schildert, verdeutlicht der zweite Lebensweg die negativen Auswirkungen des bestehenden Systems.

Tom ist seit seiner Geburt Spastiker. Trotz Einschränkungen im motorischen Bereich ist er nicht auf einen Rollstuhl angewiesen. Von Beginn an setzen sich seine Eltern dafür ein, dass Tom die Grundschule vor Ort besuchen kann. Wegen guter Lernleistungen wird ihm der Besuch eines Gymnasiums empfohlen. Toms Eltern finden tatsächlich ein Gymnasium, das die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder unterstützt und ihn aufnimmt. Erfolgreich legt Tom dort sein Abitur ab und studiert Psychologie. Danach arbeitet er in einer Beratungsstelle für behinderte Menschen, später als Psychologe in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen. Mit seiner Arbeit ist er sehr zufrieden.



Sabine ist ein quicklebendes und fröhliches Kind. Sie besucht zunächst eine Grund- und später eine Realschule in ihrem Ort. Mit 15 Jahren wird Sabine bei einem Autounfall schwer verletzt und muss fast ein ganzes Jahr im Krankenhaus verbringen. Seitdem ist sie querschnittsgelähmt und auf einen Rollstuhl angewiesen. Dem Bruch in ihrer persönlichen Biografie folgt der Bruch in der Schulbiografie. Sabine muss ihre bisherige Schule verlassen und eine Sonderschule für Körperbehinderte besuchen. Ihren ursprünglichen Berufswunsch Arzthelferin muss Sabine aufgeben. Nach ihrem Schulabschluss bleibt ihr nur die Arbeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Ihre Hoffnung auf berufliche Veränderung hat sie inzwischen resigniert aufgegeben.



Foto: Borrs

Beim Lernen in der Schule verhält es sich wie mit vielen anderen Dingen im Leben: Gemeinsam zugepackt läuft es einfach besser.

Fachkonferenz des SoVD zur UN-Konvention

Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

Am 27. Februar fand in Köln eine Fachkonferenz mit dem Titel „Alle inklusive! Die neue UN-Konvention und die Rehabilitation und berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ statt. Eingeladen hatten die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange

behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, der SoVD-Bundesverband und der SoVD NRW sowie die Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe. Insgesamt trugen rund 170 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet zum Erfolg der Fachkonferenz bei.

In ihren Begrüßungsworten betonte Angelika Winkler, stellvertretende Landesvorsitzende des SoVD NRW, die Bedeutung der UN-Konvention. Sie verwies auf die dringend gebotene Umsetzung der von der Konvention geforderten inklusiven Behindertenpolitik. Gerade bei der Umsetzung der Rechte behinderter Menschen in den Bereichen Rehabilitation und berufliche Teilhabe bestehe in Deutschland weiterhin großer Handlungsbedarf.

Die umfangreichen Fachvorträge am Vormittag zu den Bereichen medizinische, soziale und berufliche Rehabilitation bzw. Teilhabe fanden ebenso den Beifall der Teilnehmer wie die engagierte Berichterstattung im Rahmen der Arbeitsgruppen am Nachmittag.

Im Rahmen seiner Ausführungen im Plenum forderte der Sozialreferent des SoVD-Landesverbandes NRW, Daniel Kreutz, eine verstärkte betriebliche Ausbildung für junge Menschen mit Behinderungen. Er betonte insbesondere die Notwendigkeit einer qualifizierten Beratung von jungen behinderten Menschen, die bereits in der Schule beginnen müsse.

Für eine der Arbeitsgruppen beschrieb Hans-Jürgen Leutloff, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD-Bundesverband, die vielfältigen Erfordernisse für die Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes. Vor allem die privaten und öffentlichen Arbeitgeber seien aufgefordert, sich stärker zur Ausbildung und Beschäftigung von be-

hinderten Menschen zu bekennen.

Die Diskussionen im Rahmen der Fachkonferenz zeigten auch, dass noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um in den Bereichen der medizinischen und sozialen Rehabilitation die hohen Ziele der UN-Konvention zu verwirklichen.

Mit der Durchführung dieser Fachkonferenz kann der SoVD für sich in Anspruch nehmen, nach vorheriger Mitarbeit an der Ausarbeitung der UN-Behindertenrechtskonvention von Anfang an maßgeblich mit dazu beigetragen zu haben, dass diese in Deutschland umgesetzt und mit Leben erfüllt wird. Der SoVD wird sich verstärkt für eine inklusive Ausbildung und einen inklusiven Arbeitsmarkt für behinderte Menschen einsetzen. hjl



Foto: Schumacher / Bildschön

Die zahlreich erschienenen Teilnehmer machten die Aktualität und die Brisanz des Themas der Fachkonferenz deutlich.



ver.di, NGG, AWO, VdK und SoVD fordern als Bündnispartner „Soziales Deutschland“ Politik gegen die Armut

Stimmen für den Mindestlohn

Ein Bündnis von Gewerkschaften und Sozialverbänden will im Wahljahr der Forderung nach einer Politik gegen die wachsende Armut in Deutschland Nachdruck verleihen. Hauptanliegen der fünf Organisationen mit insgesamt mehr als fünf Millionen Mitgliedern ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes.

Hinter dem „Bündnis soziales Deutschland – Stimmen für den Mindestlohn“, das sich Anfang März mit einer Pressekonferenz in Berlin vorstellte, stehen die Gewerkschaften ver.di und Nah- und Fernverkehrs-Gewerkschaften (NGG), die Arbeiterwohlfahrt (AWO) sowie die Sozialverbände VdK und SoVD.

Das Bündnis unter Federführung von ver.di will nach den Worten von ver.di-Chef Frank Bsirske für einen Politikwechsel eintreten und „in der tiefen Wirtschaftskrise ei-

nen anderen Akzent setzen“. Sonst drohe der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft zu zerbrechen. „Wer Milliarden für bankrotte Finanzinstitute bereitstellt, (...) der sollte dafür sorgen, dass die Löhne und Renten auch zum Leben reichen“, sagte Bsirske.

Auch der Sozialverband Deutschland fordert seit Langem einen gesetzlichen Mindestlohn. Vor dem Hintergrund, dass der Niedriglohnssektor in Deutschland inzwischen dramatische Ausmaße erreicht hat und fast jeder vierte Beschäftigte für einen Niedriglohn arbeitet, forderte SoVD-Präsident Adolf Bauer ein Ende dieses Missstandes: „Niedriglöhne führen geradewegs in die Altersarmut: Minilöhne führen im Alter zu Minirenten. Mindestlöhne sind daher ein wichtiger Baustein zur Verringerung von Altersarmut.

„Minilöhne führen im Alter zu Minirenten“

Armut wird an vielen Stellen sichtbar

Alter nicht zum Sozialamt geschickt werden.“

Niedriglöhne führten auch zu Kinderarmut, so der SoVD-Präsident. Denn Niedriglöhne träfen nicht allein die Arbeitnehmer, sondern auch deren Familien und ganz besonders die Kinder: „Niedriglöhne bedeuten auch, dass Kinder in Armut aufwachsen.“

Wie dramatisch die Situation für viele Menschen und zunehmend für Kinder in Deutschland ist, zeigen die Fakten, auf die die Bündnispartner in ihrem Aufruf für ein „soziales Deutschland“ hinweisen: Bereits 15 Millionen Menschen in Deutschland leben in Armut. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen Jahren ständig vergrößert. Zwei Millionen Menschen arbeiten „zu Hungerlöhnen“ von fünf Euro oder weniger. Weit

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, darf im



Foto: XXXXX XXXXXXXXXXXX

Gemeinsam gegen Armut (v.li.): NGG-Chef Franz-Josef Möllenberg, Wilhelm Schmidt, Präsident des AWO Bundesverbandes, VdK-Präsidentin Ulrike Mascher, NGG-Chef Franz-Josef Möllenberg, ver.di-Chef Frank Bsirske und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

über 1 Million Beschäftigte erhalten zusätzliche Leistungen der Grundversicherung.

Die Bündnispartner der Kampagne für einen flächendeckenden Mindestlohn zeigen auf, wo die Armut sichtbar wird: in den Suppenküchen und Obdachlosenasylen, auf den Straßen, in den Bussen und Bahnen, wo Menschen betteln, in den Kindertagesstätten, wo Kinder ohne Essen hinkommen, in den Schulen, wo sich Jugendliche keine Schulbücher leisten und an Klassenfahrten nicht teilnehmen können. Und nicht zuletzt: „Armut zeigt sich auf den Fluren der Arbeits- und Sozialämter, in den Stadtteilen und mehr und mehr auch in den Senioren- und Pflegezentren.“

Der Präsident des AWO-Bundesverbandes, Wilhelm Schmidt, forderte im Rahmen der gemeinsamen Pressekonferenz der Bündnispartner, Mindestlöhne dürften keine Höchstlöhne werden. NGG-Chef Franz-Josef Möllenberg sagte, nach dem Rettungsschirm für die Banken sei es nun Zeit für einen Rettungs-

schirm für die Menschen. VdK-Präsidentin Ulrike Mascher forderte für das Arbeitslosengeld II eine Erhöhung von 351 auf 435 Euro monatlich. Für die Kampagne „Bündnis soziales Deutschland – Stimmen für den Mindestlohn“ wurden zwei Plakatmotive entwickelt, die die Themen „Mindestlohn und Kinderarmut“ bzw. „Mindestlohn und Altersarmut“ zum Inhalt haben. Die Plakate werden nicht allein in Verbandszeitungen veröffentlicht, sondern auch auf Großplakaten in acht Städten und im Lesezirkel, der häufig in Arztpraxen ausliegt.

Auch für die einzelnen Geschäfte werden Plakate gedruckt. Sobald das fertige Druckmaterial vorliegt, wird es den SoVD-Gliederungen in einem Info-Paket zugesandt. Informationen über die Kampagne, über die wir in den kommenden Ausgaben fortlaufend berichten werden, erhalten Mitglieder und Interessierte auch auf der SoVD-Internetseite www.sovd.de bzw. auf der Kampagnenseite www.mindestlohn09.de.



Equal Pay Day am 20. März

Gemeinsam gegen Lohnungleichheit



Fotograf: Marc Brinkmeier

Frauen erhalten durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Gegen diese Ungerechtigkeit protestierten am 20. März, dem Equal Pay Day, Frauen in ganz Europa. Die rote Tasche stand dabei symbolisch für die roten Zahlen in den Geldbörsen der Frauen. Auch SoVD-Mitglieder demonstrierten in vielen Städten.

Protestierten am 20. März gegen Lohndiskriminierung vor dem Brandenburger Tor: Edda Schliepack (Bundesfrauensprecherin des SoVD, 5. v. re.) und Ilse Junge (Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Bremen, 6. v. li.).

Foto: Schlemmer

Betreuung von Langzeitarbeitslosen soll erst nach Bundestagswahl neu geregelt werden

Streit um Jobcenter auf Eis gelegt

Die Unionsfraktion will die Betreuung von Langzeitarbeitslosen erst nach der Bundestagswahl neu regeln – und kippt damit einen Kompromissvorschlag. Die vom Verfassungsgericht geforderte Reform der Jobcenter ist offenbar für diese Legislaturperiode gescheitert.

Der Vorstand der Unionsfraktion lehnte das von Sozialminister Olaf Scholz (SPD) ausgearbeitete Konzept mit großer Mehrheit ab; die Union wolle die Reform, die nach Vorgaben des Verfassungsgerichts bis Ende 2010 abgeschlossen sein muss, erst nach der Bundestagswahl im Herbst in Angriff nehmen, hieß es dazu.

Scholz hatte zuvor sein Konzept in langwierigen Verhandlungen bereits mit den Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) und Jürgen Rüttgers (CDU) abgestimmt, die im Auftrag der Länder verhandelten. Dieses sah eine Grundgesetzänderung vor, um aus den für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zuständigen Jobcentern eigene Körperschaften öffentlichen Rechts zu machen. Bislang arbeiten unter dem Dach der Jobcenter die Arbeitsagenturen und die Kommunen zusammen. Das Verfassungsgericht hatte dies als unzu-

lässige Mischverwaltung gerügt.

Nach dem Nein der Fraktionsspitze liegt die Reform bis zur Bundestagswahl auf Eis. Die Ministerpräsidenten, die sich für das Projekt ausgesprochen hatten, sind verärgert.

Der Sozialverband Deutschland kritisiert, dass die Reform der Jobcenter nun erst nach der Bundestagswahl erfolgen soll. Es ist aus Sicht des SoVD gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und steigender Arbeitslosenzahlen unverantwortlich, die Reform der Jobcenter auf die lange Bank zu schieben. Der SoVD fordert die Union auf, den Weg für eine Lösung freizumachen. „Politischer Streit darf nicht auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen ausgetragen werden“, erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer. Es sei entscheidend, dass die Langzeitarbeitslosen auch künftig aus einer Hand betreut würden. Fraktionsgeschäftsführer Norbert

Röttgen (CDU) hatte die Ablehnung mit sachlichen und verfassungsrechtlichen Erwägungen begründet. Röttgen sagte, es habe „massive Kritik der Praktiker“ gegeben.

Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung erwägen einige Ministerpräsidenten nun, den Kompromissvorschlag als Bundesratsinitiative einzubringen. Das würde dazu führen, dass es zum Start des Bundestagswahlkampfes zu einer zentralen Machtprobe zwischen den CDU-geführten Ländern und der Unionsfraktion kommen könnte, weil eine solche Initiative im Bundesrat und im Bundestag zu Abstimmungen führen würde, deren Ausgang ungewiss wäre. Nach Informationen der SZ wächst zudem nun intern die Kritik an Angela Merkel. Sie habe in mehreren Gesprächen mit Fraktionsspitze und Länderchefs nicht erkennen lassen, was sie selbst für richtig halte, hieß es.

Frohe Ostern!

Ostern steht wieder vor der Tür. Hat dieses Fest auch seine Ursprünge im Heidentum, so feiern die Christen am Ostersonntag die Auferstehung von Jesus Christus. Die in diesen Tagen gerade bei Kindern wieder sehr beliebten Ostereier dienten früher als Opfergabe, sie wurden vergraben, verschenkt und gegessen.

Der Osterhase gelangte zuerst im Elsass, in der Pfalz und am Oberrhein zu Popularität. Hasen wurde das Verstecken von Eiern angedichtet, weil sie im Frühjahr vielfach zur Futtersuche in die Dörfer zogen. Dieser Umstand scheint vor gut 300 Jahren die Fantasie der Menschen beflügelt zu haben und die Legende vom Osterhasen entstand.

Dabei ist der Hase keinesfalls das einzige Tier, dem das Verstecken von Eiern unterstellt wurde: Im westfälischen und hannoverschen Raum dachte man lange Zeit, dass der Fuchs die Eier brachte, in Schleswig-Holstein, Oberbayern und in Österreich schrieb man diese Aufgabe dem Hahn zu, während man in Thüringen hierfür den Storch verantwortlich machte. Die Schweizer dagegen glaubten an den Osterkuckuck. Woran immer auch Sie glauben mögen:

Im Namen des SoVD wünscht die Redaktion der SoVD-Zeitung allen Lesern ein entspanntes Osterfest und angenehme Feiertage!



Grafik: Herrndorff



Aus der Rechtsabteilung

Widerspruch kann eingelegt werden

Der SoVD hatte bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Anfrage gestellt, ob die Regelleistung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II im Hinblick auf die beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) anhängigen Verfahren vorläufig bewilligt werden kann. Nun liegt die Antwort der Behörde vor.

Man werde allen Bescheiden, welche das Sozialgeld für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr betreffen, einen entsprechenden Passus beifügen, wonach man die Bescheide von Amts wegen abändere, sofern die Entscheidung des BVerfG eine höhere Regelleistung zur Folge habe. Eine Empfehlung, Widerspruchsverfahren betreffend die Regelleistung ruhend zu stellen, werde die BA nicht herausgeben; dies müsse von den Grundsicherungsträgern vor Ort entschieden werden.

Wir empfehlen daher, gegen die Bescheide grundsätzlich Widerspruch einzulegen (siehe nachfolgende Muster), da die Regelleistungen für 14-Jährige und ältere Jugendliche sowie Erwachsene nicht von Amts wegen von der BA geändert werden. Auch wenn der Ausgang der Verfahren offen ist.

Wer Widerspruch einlegen möchte, sollte zugleich seine tatsächlichen monatlichen Ausgaben erfassen und wie die Ausgaben finanziert werden, die nicht aus der Regelleistung bestritten werden können (z.B. Darlehen von Freunden, Verwandten etc.). Dies kann für die Feststellung, ob die Regelleistung im konkreten Fall bedarfsdeckend ist, relevant sein.

Grundsätzlich muss jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Widerspruch einlegen. Eltern vertreten ihre minderjährigen Kinder und legen daher ausdrücklich auch für diese Widerspruch ein.

Für Familien empfehlen wir folgendes Muster:

Widerspruch

Wir [Namen der unterschreibenden Eltern] legen Widerspruch gegen den Bescheid vom [Datum] betreffend die Höhe bzw. die Bemessung der Regelleistung für uns

und unser(e) Kind(er) [Namen der minderjährigen Kinder] ein. Unser tatsächlicher Bedarf zum Lebensunterhalt wird durch die pauschal gewährten Leistungen nicht gedeckt. Die Höhe und die Bemessung der Regelleistung verstoßen gegen das Grundgesetz. Wir beziehen uns hierbei auf den Vorlagebeschluss des LSG Hessen vom 29.10.2008 (AZ: L 6 AS 336/07) sowie auch auf die Vorlagebeschlüsse des BSG vom 27.1.2009 (AZ: B 14/11b AS 9/07 R und B 14 AS 5/08 R). Mit einem Ruhen des Verfahrens bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erklären wir uns einverstanden. Datum, Unterschrift.



Foto: misterqm/photocase

Für Alleinstehende/Paare ohne Kinder empfehlen wir folgendes Muster:

Widerspruch

Ich lege Widerspruch gegen den Bescheid vom [Datum] betreffend die Höhe bzw. die Bemessung der Regelleistung ein. Mein tatsächlicher Bedarf zum Lebensunterhalt wird durch die pauschal gewährten Leistungen nicht gedeckt. Die Höhe und die Bemessung der Regelleistung verstoßen gegen das Grundgesetz. Ich beziehe mich hierbei auf das beim Bundesverfassungsgericht

anhängige Verfahren zum AZ: 1 BvR 1523/08. Mit einem Ruhen des Verfahrens bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erkläre ich mich einverstanden. Datum, Unterschrift.

Das Bundessozialgericht (BSG) entschied kürzlich: Wechseln sich geschiedene und getrennt lebende Eltern bei der Betreuung eines gemeinsamen Kindes in etwa hälftig ab, so steht dem hilfebedürftigen Elternteil auch der halbe Mehrbedarf für Alleinerziehende zu (Entscheidung vom 3.3.2009, AZ: B 4 AS 50/07 R). Dies soll zumindest bei einer wechselnden Betreuung in größeren, mindestens eine Woche umfassenden Intervallen und auch einer etwa hälftigen Aufteilung der anfallenden Kosten gelten. Der SoVD empfiehlt daher alleinerziehenden Eltern, die sich bei der Betreuung entsprechend abwechseln und keinen Mehrbedarf erhalten, Widerspruch einzulegen. Sollte die Widerspruchsfrist abgelaufen sein, kann mit einem Überprüfungsantrag eine Änderung zumindest für die Zeit ab dem 3.3.2009 bewirkt werden.

Ferner entschied das Bundessozialgericht, dass die Abfindung aus einem Vergleich mit dem früheren Arbeitgeber als Einkommen auf das ALG II anzurechnen sei (Entscheidung v. 3.3.2009, AZ: B 4 AS 47/08 R). Der Kläger hatte die Abfindung erst durch das Einleiten von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen von seinem Arbeitgeber erhalten, als er bereits ALG II bezog. Der Kläger wollte die im Vergleichswege vor Gericht vereinbarte Abfindung als Vermögen behandelt wissen. Das BSG hat nun anders entschieden. are

Sündenfälle der „Reformpolitik“ – Teil 3

Angst vor der Zukunft

Ursula Engelen-Kefer, ehemalige Vize-Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ist Vorsitzende des Arbeitsausschusses Sozialversicherung (SPA) im Sozialverband Deutschland. In kurzen Gastbeiträgen wird die Politikerin künftig zu den Sündenfällen der „Reformpolitik“ Stellung beziehen. Teil 3 beschäftigt sich unten anderem mit der drohenden Altersarmut für Millionen Rentner.

Wie schon seit Beginn der Politik des Sozialabbaus in der Bundesrepublik Anfang der 1980er Jahre zu befürchten war, nimmt die Spaltung der Gesellschaft zu. Verstärkt wurde dies durch die falsche Finanzierung der Deutschen Einheit über die sozialen Sicherungssysteme sowie die auf Intervention der Bundesregierung betriebene Verschärfung des Europäischen Stabilitätspaktes als Begleitung der Einführung des Euro, und nicht zuletzt durch Hartz IV und Teile der Agenda 2010. Seither ist die öffentliche Sparpolitik zu Lasten der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner zum Credo der Finanz- und Wirtschaftspolitik jeder Bundesregierung erklärt worden. Das Ergebnis ist durchschlagend: ein im Zeitablauf und europäischen Vergleich riesiges Defizit der öffentlichen Infrastruktur einschließlich wesentlicher Zukunftsinvestitionen; die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit bis 2005; die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit auf im europäischen Vergleich überdurchschnittlichem Niveau bis heute; die explosionsartige Ausweitung prekärer Beschäftigung. Die Mitte unserer Gesellschaft schrumpft – aber nicht durch Aufstieg, sondern durch Abstieg. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen Angst vor der Zukunft haben und ihr Vertrauen in die Politiker und deren Politik gefährlich abnimmt.

Inzwischen schlagen auch die amtlichen Rentenberichte der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Bundesregierung Alarm. In den nächsten Jahrzehnten droht Altersarmut für Millionen Rentner. Hierbei besteht ein enger Zusammenhang zwischen den „Reformen“ der Alterssicherung sowie auf dem Arbeitsmarkt, die sich in ihren negativen Wirkungen für die betroffenen Menschen gegenseitig verstärken.

An erster Stelle zu nennen ist der Sündenfall der Aushöhlung der gesetzlichen Alterssicherung mit der Riester-Reform von 2001 mit einer erheblichen Absenkung des Rentenniveaus. Die massive öffentliche Förderung der Einführung einer privaten Altersvorsorge ging zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung. Dies bedeutet eine Entlastung der Arbeitgeber von ihren Beiträgen für die umlagebasierte, paritätisch finanzierte gesetzliche Rentenversicherung. Die Finanzkrise zeigt nun zu deutlich, dass die kapitalgedeckte Zusatzversorgung keinesfalls ein Ersatz für die gesetzliche Altersrente bleiben kann und darf – sondern eine Ergänzung bleiben muss.

Der 2008 ausgesetzte Riester-Faktor, der das Rentenniveau abgesenkt hat, muss abgeschafft werden. Ansonsten werden die Rentner auf Jahre keine Rentenerhöhung haben. Ihre Kaufkraft wird sich massiv verringern infolge der steigenden Kosten und Beiträge für die Gesundheitsversorgung und die Pflege sowie infolge der Inflation.

Da der Anteil der Rentner in Deutschland etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen wird, bedeutet dies eine erhebliche Schwächung der Binnenkonjunktur, die zur wirtschaftlichen Entwicklung unabdingbar ist.

(Teil 4 in der nächsten Ausgabe)



Ursula Engelen-Kefer

Frauen im SoVD – das Thema

von Hannelore Buls,
Mitglied im
Ausschuss für Frauenpolitik
des SoVD-Bundesverbandes

Soziale Sicherung und Eigenständigkeit durch gute Arbeit und gesetzlichen Rahmen

In diesem Jahr gibt es gleich mehrere Anlässe, um sich über das Thema Frauenrechte und die Teilhabe von Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft Gedanken zu machen: Es stehen Bundestags- und Europawahlen sowie Landtags- und Kommunalwahlen an. Zudem hat 2008 die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern weiter zugenommen und liegt jetzt bei 23 Prozent. Ebenso fehlt Frauen weiterhin der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt, und verglichen mit Männern liegt das Niveau ihrer Alterssicherung nur bei etwa 60 Prozent. Gründe genug also, um nicht nur aus Anlass des Internationalen Frauentages einmal zu schauen, was bisher erreicht wurde und was noch zu tun bleibt.

ändert wurden, die es dem Ehemann gestattet, das Arbeitsverhältnis seiner Frau zu kündigen, wenn diese ihren Pflichten im Haushalt nicht ausreichend nachkam.

Frauenerwerbstätigkeit als Wirtschaftsfaktor

In Wirtschaft und Politik hat sich inzwischen auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass Frauen ein wichtiger Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft sind – in der DDR etwas früher, in der BRD eher später oder, wie Frau im Laufe verschiedener Wirtschaftszyklen immer wieder feststellen konnte: je nach Bedarf des Arbeitsmarktes. Hier gibt es im Sinne von gleichberechtigter Teilhabe an Arbeit und Einkommen auf jeden Fall Nachbesserungsbedarf.

Staatliche Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit notwendig

Klar ist, dass Frauenerwerbstätigkeit ohne Kinderbetreuung zur Wahl zwischen Beruf und Familie führt. Gerade die mangelnde Vereinbarkeit aber war für die heute zu wenigen Kinder mindestens mitverantwortlich. Das gilt es zu ändern. Elterngeld, Elternzeit für Väter, Ganztags-Kinderbetreuung und mehr öffentlich organisierte Bildung erscheinen heute unverzichtbar und werden dazu beitragen, dass Frauen und Männer von ihrer Unwilligkeit, eine Familie zu gründen, abrücken.

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Viel zu oft hören wir, dass Frauen schlechter bezahlt werden und eine

schlechte Alterssicherung haben, weil sie Kinder erzogen haben – oder zumindest hätten erziehen können. Bei dieser Argumentation wird ausgeblendet, dass wir eine systematische Schlechterstellung von Frauenarbeit haben. Wir brauchen deshalb verbindliche Vorgaben als Ordnungsfaktoren für die Wirtschaft. Lohngleichheit, Vereinbarkeit und Diskriminierungsfreiheit dürfen den erwerbstätigen Frauen nicht länger vorenthalten werden. Der grundgesetzliche Anspruch auf Gleichstellung und Gerechtigkeit verlangt mehr, als dies eine freiwillige Vereinbarung der Arbeitgeberverbände jemals leisten kann.

Öffentliche Gleichstellungspolitik braucht Zielorientierung

Die Arbeit der Frauen- und Familienministerien reduzierte sich in den letzten Jahren fast überall auf Familienpolitik. Diese ist zur Herstellung von Chancengleichheit unverzichtbar. Deutliche Mängel jedoch bestehen bei der Antidiskriminierungspolitik und im Gender Mainstreaming, das nicht mehr aktiv verfolgt wird. Regelungen und Maßnahmen des Staates müssen aber genau dort ansetzen, um Nachteile gar nicht erst entstehen zu lassen.

Ein neues Leitbild zu Frauen und Männern in Beruf und Gesellschaft ist jetzt erforderlich. Womit wir wieder beim Anfang wären – dem Wahlrecht. Nutzen Sie es im Sinne der Gleichberechtigung für Frauen und Männer!



Hannelore Buls



Hervorragende Eingliederungsergebnisse im Berufsbildungswerk Bremen

„Ich bin dankbar für alles, was ich im Berufsbildungswerk gelernt habe!“

Die Ausbildung im Berufsbildungswerk Bremen ist ein hoher Garant für die Teilhabe am Arbeitsleben. Den Beweis liefern die Ergebnisse der Absolventenbefragung. 71,1 Prozent der jungen Menschen mit Behinderung, die ihre Ausbildung 2007 beendet hatten, haben einen Arbeitsplatz gefunden. Die Befragung zur Eingliederungssituation führen die Berufsbildungswerke, in Absprache mit der Bundesagentur, anderthalb Jahre nach Abschluss der Ausbildung durch.

Jennifer Wrobel, gelernte Kauffrau für Bürokommunikation, ist Absolventin des Berufsbildungswerkes. Heute leitet die 26-Jährige selbstständig das Schulsekretariat der Fritz-Ganzberg-Schule. „Mein Weg war nicht immer einfach und gerade“, resümiert Jennifer Wrobel. Geholfen habe ihr der Zuspruch ihrer Mutter: „Du schaffst das!“ Heute ist der Satz zu ihrem Motto geworden.

Nach ihrem Schulabschluss hatte Jennifer Wrobel zunächst eine Lehre im Einzelhandel begonnen. Durch eine schwere Rheumaerkrankung war sie gezwungen, die Ausbildung abzubrechen. Eingeschränkt in ihrer Belastbarkeit, benötigte sie fortan eine Arbeit mit überwiegend sitzender Tätigkeit. Sie strebte daher eine Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation an. „Ich habe unzählige Bewerbungen geschrieben, alles war umsonst“, erinnert sie sich. „Wenn die Arbeitgeber von meiner Krankheit hörten, war es vorbei.“ Jennifer Wrobel stellte einen Rehaantrag bei der Berufsberatung der Arbeitsagentur, der dort zunächst abgelehnt wurde. Erst nach einem Widerspruchsverfahren drang sie in den Zuständigkeitsbereich der Rehaberatung vor. Ihr wurde eine Ausbildung in einem Berufsbildungswerk empfohlen. Nach einer Besichtigung entschied sie sich für die Rehaeinrichtung in Bremen. Trotz einiger behinderungsbedingter Krankheitszeiten schaffte sie die



Abschlussprüfung vor der Handelskammer.

Wissend, dass der Berufseinstieg wieder nicht leicht werden würde, schrieb sie schon ein halbes Jahr vor der Abschlussprüfung Bewerbungen. „230 Bewerbungen habe ich geschrieben“ berichtet Jennifer Wrobel. Sie hat alle aufgehoben. Ihr Motto, „ich schaff das“, half ihr durchzuhalten. Am 19. Mai 2008, das Datum weiß sie noch heute, erreichte sie über einen Tipp der Integrationsberatung des Berufsbildungswerkes die Ausschreibung der Stelle im Schulsekretariat. Das Vorstellungsgespräch fand an ihrem 25. Geburtstag, zwei Tage vor ihrer Prüfung, statt. Nach bestandener Prüfung erhielt sie die Zusage. Zurückblickend resümiert sie: „Ich muss sagen, ich bin dankbar für alles, was ich im Berufsbildungswerk gelernt habe. Stück für Stück wurde mir alles beigebracht.“ Mit ihrer Arbeit in der Schule habe sie viel Glück, berichtet Jennifer Wrobel. Die Arbeit sei anspruchsvoll und gefalle ihr. Mit ihrem Vorgesetzten und dem Kollegium komme sie auch richtig gut zurecht.

„Für uns stand die Persönlichkeit im Vordergrund und nicht, ob jemand Berufsanfängerin ist“, sagt Schulleiter Georg Schweppe. „In einer Schule mit verhaltensauffälligen Schülern ist es wichtig, dass jemand ein

freundliches Wort für die Schüler hat und Verständnis für deren Probleme und die des Kollegiums.“ In der täglichen Arbeit liefert sie den Beweis. Arbeitgeber, die Sorge haben, dass eine überbetriebliche Ausbildung nicht hinreichend auf die Praxis vorbereite, möchte Georg Schweppe zu einer Einstellung ermutigen. „Die Absolventin des Berufsbildungswerkes hat gute Grundlagenkenntnisse in EDV und Sekretariatsarbeit mitgebracht. Das haben andere nicht immer“, berichtet der Schulleiter. Jeder Betrieb hat seine Eigenheiten. Was dazu benötigt wird, kann erst dort gelernt werden.“

Das Berufsbildungswerk bildet zur Zeit 450 junge Menschen mit Körper-, Lern- oder psychischer Behinderung aus oder bereitet sie auf die Ausbildung vor. In diesem Jahr wird die Einrichtung wieder annähernd 140 Auszubildende zur Prüfung bei den zuständigen Kammern anmelden. Die Arbeitssuche wird für die Absolventen bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage nicht einfach werden. Damit sie, wie ihre Vorgänger, einen geeigneten Arbeitsplatz finden und ihre Fähigkeiten beweisen können, erhalten sie Unterstützung durch die Integrationsteams des Berufsbildungswerkes. Bewerbungstraining, gezielte Integrationsplanung, Arbeitsplatzakquise sowie Beratung der Absolventen und der Arbeitgeber sind Bestandteil der Integrationsleistungen des Berufsbildungswerkes.

Wir haben geholfen

SoVD erkämpfte Erwerbsminderungsrente

Streit mit Behörden gewonnen

Horst Schwenn aus Dithmarschen in Schleswig-Holstein musste jahrelang um sein Recht kämpfen. Der gelernte Maurer bekam vor 15 Jahren starke Rückenprobleme, die sich mehr und mehr verschlimmerten und schließlich eine komplizierte Bandscheibenoperation unumgänglich machten. Danach war es dem 54-Jährigen nicht mehr möglich, in seinem Beruf zu arbeiten. Statt dessen musste er eine langwierige Auseinandersetzung mit den Behörden führen, die Horst Schwenn schließlich Dank der Hilfe des SoVD erfolgreich bestand: „Gott sei Dank hatte ich die Unterstützung unseres großartigen Verbandes. Alleine hätte ich das nie geschafft. Zunächst hatte Horst Schwenn im Jahr 2002 einen Antrag auf Teilerwerbsminderungsrente gestellt, der jedoch aus unverständlichen Gründen abgelehnt wurde. Über den SoVD-Kreisverband in Dithmarschen wurde gegen den Bescheid Widerspruch eingelegt – wiederum ohne Erfolg.



Der Vorsitzende seines Ortsverbands Tellingstedt im Kreis Dithmarschen, Wilfried Hildebrandt (li.), stand Horst Schwenn immer zur Seite.

Der Fall landete letztlich 2005 vor dem Sozialgericht in Itzehoe. Hier siegte dann endlich die Gerechtigkeit und Horst Schwenn wurde eine Teilerwerbsminderungsrente von 415 Euro monatlich und eine Rentennachzahlung in Höhe von 12100 Euro zuerkannt. Ein großer Erfolg, der in erster Linie auf das kompetente und hartnäckige Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SoVD-Kreisgeschäftsstelle in Dithmarschen zurückzuführen ist.

Da die gesundheitlichen Probleme Horst Schwenns leider immer mehr zunahm, musste er – wiederum mit Unterstützung des SoVD – im Mai 2008 sogar einen Antrag auf volle Erwerbsminderungsrente stellen. Der Antrag wurde anstandslos bewilligt und seit Januar 2009 bezieht er eine Erwerbsminderungsrente von 844 Euro.

Zwar kann dieser rechtliche Erfolg die Schmerzen, die er täglich mit Tabletten bekämpfen muss, nicht lindern, dennoch wurde Horst Schwenn eine große Last von der Seele genommen: „Wenigstens bin ich jetzt materiell halbwegs abgesichert. Das ist für mich eine große Erleichterung, die ich ausschließlich unserem SoVD zu verdanken habe.“

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut Nachwuchs für die „Wheeler“

Langfristig zahlt sich Engagement für eine gute Sache immer aus. So auch bei den „Kieler Wheelern“, die seit geraumer Zeit vom SoVD Schleswig-Holstein tatkräftig unterstützt wird.

Zusammen mit der Berichterstattung in den lokalen Medien hat die Unterstützung der großen SoVD-Familie den „Wheeler“ nicht nur eine größere Fangemeinde verschafft, sondern auch bei vielen Jugendlichen die Begeisterung für den Rollstuhlbasketball geweckt. Fast 20 Nachwuchs-Korbjäger treffen sich jetzt regelmäßig, um unter der Anleitung von „Wheeler“-Stammkraft Mathias Banthin fleißig zu trainieren. Den Jugendlichen macht

es jede Menge Spaß, und wer weiß, vielleicht schlummert in dem einen oder der anderen ja so viel Talent, dass er oder sie in absehbarer Zeit sogar die Liga-Mannschaft verstärken kann.



Fast 20 Nachwuchs-Korbjäger treffen sich regelmäßig, um unter der Anleitung von „Wheeler“-Stammkraft Mathias Banthin fleißig zu trainieren.

Geputzte Fahrräder in der Schule

Im Rahmen der Initiative „Gut tun macht Schule“ hat die Vorsitzende des Kirchweyher Sozialverbandes, Rita Wegg (im Bild links), ein neues Angebot an der Grundschule Erichshof installiert. Rentner Bernhard Dittmer (rechts) zeigt den Schülern der dritten Klassen, wie sie ihre Fahrräder pflegen und in Ordnung halten können. Liz Kukemüller, Tim Wesloh, Svenja Böhm und Niklas Pundsack waren eifrig dabei. Ihre Räder glänzten wie neu. (yk)



Ein Zeichen für Hilfsbereitschaft und Solidarität setzen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde im SoVD,



die erfolgreiche SoVD-Initiative Gut tun – tut gut wird auch in diesem Jahr fortgesetzt.

Damit setzen wir als SoVD ein Zeichen für Hilfsbereitschaft und Solidarität.

Mit der Initiative Gut tun – tut gut zeigt der SoVD, dass man schon mit kleinen Dingen viel für einen Menschen tun kann.

Wir wissen, dass viele unserer Mitglieder anderen Menschen zur Seite stehen: Sie besuchen Kranke zu Hause oder im Krankenhaus, sie lesen Pflegebedürftigen in Heimen etwas vor oder engagieren sich für sozial benachteiligte Kinder. Wir möchten unsere Mitglieder in ihrem Engagement bestärken und die Idee von Gut tun – tut gut in die Gesellschaft tragen. Wir möchten noch mehr Menschen dazu ermutigen, mit einer guten Tat anderen zu helfen und unsere Gesellschaft damit ein wenig menschlicher machen.

Ich möchte – auch im Namen des Präsidiums – alle sozial engagierten SoVD-Mitglieder, die Orts-, Kreis- und Landesverbände auf-

rufen, ihr soziales Engagement im Sinne von Gut tun – tut gut fortzuführen. Auch die Aktion Gut tun macht Schule, die den Einsatz von Senioren an Schulen ermöglicht, wird weitergeführt.

Hilfsbereitschaft und Solidarität haben eine lange Tradition im SoVD. An diese Tradition knüpft Gut tun – tut gut an. Bei Gesprächen mit engagierten SoVD-Mitgliedern habe ich immer wieder gehört, dass es viel Freude macht, anderen zu helfen, und dass soziales Engagement auch den Helfenden viel zurückgibt – ganz im Sinne des Kampagnenmottos: Gutes zu tun, tut gut.

Ihr Adolf Bauer
Präsident Sozialverband
Deutschland (SoVD)



Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro
 Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich
 jährlich

ab	KontoinhaberIn
Konto	BLZ
Geldinstitut	

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

Name	1 Name und Geburtsdatum
Straße	2 Name und Geburtsdatum
PLZ, Ort	3 Name und Geburtsdatum
SoVD Ortsverband	4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

Tipps für betroffene Patientinnen und Patienten

Gibt es die Behandlung beim Facharzt nur noch gegen Vorkasse?

Seit Jahresbeginn werden viele Patienten vor allem in Bayern und Baden-Württemberg gedrängt, Kassenleistungen bei Fachärzten per Vorkasse zu bezahlen. Andere bieten als einzige Behandlungsmöglichkeit sogenannte Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) an, die privat von Patienten zu bezahlen sind. Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) hält beide Varianten für vertragswidrig. Dadurch werden Patienten zu ungewollten Privatbehandlungen gedrängt.

Für Rat suchende Patienten hält die UPD folgende Tipps parat:

- Zahlen Sie nicht im Voraus! Bestehen Sie auf einer kostenfreien Behandlung über Ihre Versicherungskarte und bezahlen Sie nur die Praxisgebühr.
- Gesetzlich Versicherte müssen grundsätzlich auf Versicherungskarte behandelt werden. Entscheiden sich Patienten, im Voraus zu bezahlen, kann es passieren, dass sie die Kosten nicht oder nicht vollständig erstattet bekommen.
- Lassen Sie sich keine Privatbehandlungen aufdrängen. Wenn Ihnen Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) angeboten werden, fragen Sie nach, warum diese Leistung nicht von der Krankenkasse übernommen wird und welche Alternativen es im Rahmen

von Kassenleistungen gibt. Möchten Sie eine Privatbehandlung in Anspruch nehmen, muss der Arzt vorher über Kosten, Nutzen und Risiken aufklären und die angebotene Leistung schriftlich mit Ihnen vereinbaren. Unterschreiben Sie keine Pauschalvereinbarungen oder Blanko-Formulare und



Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) bietet bundesweit persönliche wie auch telefonische Beratung an. In den Landesverbänden Berlin-Brandenburg und Niedersachsen ist der SoVD einer der Träger der UPD.

lassen Sie sich Zeit: IGeL sind in der Regel nicht medizinisch notwendig, es besteht kein dringender Handlungsbedarf.

- Wenn Sie für medizinisch notwendige Behandlungen keinen Termin bekommen, sollten Sie es zunächst woanders probieren. Bekommen Sie in einer angemessenen Zeit trotzdem keinen Termin, hilft die Kassenärztliche Vereinigung bei der Arztvermittlung. Notfälle werden in jedem Fall behandelt.
- Wenden Sie sich bei Problemen unmittelbar an Ihre Krankenkasse und/oder an die Kassenärztliche Vereinigung.

Weitere Informationen, Rat und Hilfe bietet die UPD über das kostenfreie bundesweite Beratungstelefon 0800/0117722 und im Internet unter www.upd-online.de.

Entwarnung für viele Rentenbezieher

Nicht jeder Steuerpflichtige muss auch tatsächlich Steuern zahlen

In den Medien wird teilweise vor hohen Forderungen des Finanzamtes an steuerpflichtige Rentner gewarnt. Dabei wird häufig übersehen, dass mit der Pflicht zur Versteuerung von Einkünften nicht automatisch auch Steuern abgeführt werden müssen, schließlich stehen Rentnern – wie jedem anderen Bundesbürger auch – Freibeträge zu. In jedem Fall wird es über die sogenannte Identifikationsnummer zukünftig immer schwerer, dem Finanzamt Informationen vorzuenthalten.

Rentner sind bereits seit dem Jahr 2005 in größerem Umfang steuerpflichtig als davor. Nur: Die Finanzämter bemerken das oft nicht, weil ihnen nicht bekannt ist, wer in welcher Höhe eine Rente bezieht. Das wird sich bald ändern: Im Herbst sind die technischen Voraussetzungen dafür erfüllt, dass diejenigen Stellen, die Renten auszahlen, den Finanzämtern per Identifikationsnummer punktgenau mitteilen können (und müssen), wer von wem Alters- und andere Rentenbezüge in welcher Höhe bezieht. Damit wird es für viele Rentner eng, die sich längst bei ihrem Finanzamt hätten melden müssen, im Stillen aber vielleicht darauf gehofft hatten, dass die starke Heranziehung ihrer Erwerbsminderungs-, Alters- oder Hinterbliebenenbezüge „auffallen“ könnte. Offenbar hat sich aber auch noch nicht bei allen herumgesprochen, dass seit vier Jahren die gesetzlichen Renten generell stärker steuerpflichtig sind als vorher – mindestens zu 50 Prozent.

Vorher waren es, je nach Rententyp und Alter bei Rentenbeginn, etwa 10 bis 32 Prozent. Der Steuersatz von 50 Prozent gilt lebenslang für sämtliche Renten, die spätestens im Jahr 2005 begonnen haben. Bei erster Rentenzahlung im Jahr 2006 war der steuerpflichtige Anteil bereits auf 52 Prozent geklettert. Auf 56 Prozent der Rente greift der Fiskus zu, wenn im vergangenen Jahr der Ruhestand begonnen oder die Minderung der Erwerbsfähigkeit an der Weiterarbeit gehindert hat. Bei Rentenbeginn im aktuellen Jahr sind es 58 Prozent – wiederum lebenslang.

Sind zum Beispiel (bei Rentenbeginn in 2005 oder früher) 50 Prozent der Rente steuerpflichtig, so sind die restlichen 50 Prozent steuerfrei. Von einer 1.000-Euro-Altersrente werden



Foto: diedidi/photocase

Das Ausfüllen der Steuerformulare bleibt älteren Menschen nicht erspart, das Zahlen von Steuern – je nach Rentenhöhe – möglicherweise schon.

also 500 Euro besteuert, 500 Euro nicht. Problematisch hieran ist, dass dieser Freibetrag von 500 Euro den Rentner lebenslang begleitet, also sich auch dann nicht erhöht, wenn es einmal wieder eine bescheidene Rentenerhöhung gibt, etwa auf 1.020 Euro. Dann sind davon mehr als 50 Prozent steuerpflichtig, nämlich 520 Euro, weil eben nur der Freibetrag von 500 Euro abgezogen wird. Entsprechend wird in den folgenden Jahren verfahren.

Nun bedeutet ein höherer steuerpflichtiger Anteil in einer Rente nicht automatisch, dass damit überhaupt eine Steuerzahlung einsetzt. Das heißt: Steuerpflicht ist nicht identisch mit einer Steuerabführung. Denn jedem Bundesbürger stehen steuerliche Freibeträge zu. Etwa der Grundfreibetrag („Existenzminimum“) in Höhe von 7.834 Euro jährlich, bei Verheirateten sind es 15.668 Euro. Das heißt: Nur steuerpflichtige Einkünfte, die die-

se Grundfreibeträge übersteigen, können überhaupt zur Steuerzahlung führen. Eine Rente, die 2008 begonnen hat und beispielsweise 12.000 Euro im Jahr beträgt, ist bereits zu 56 Prozent steuerpflichtig. Sie wird deshalb in Höhe von 6.720 Euro zur Steuer herangezogen. Da aber schon der Grundfreibetrag 7.834 Euro beträgt, läuft die grundsätzliche Steuerpflicht der 6.720 Euro ins Leere. Die vom Rententräger überwiesenen 12.000 Euro bleiben steuerfrei.

Das kann sich aber schnell ändern. Wenn dieser Rentner nämlich weitere steuerpflichtige Einkünfte hat, etwa weil er ein Zimmer in seiner Wohnung vermietet oder weil er als Alleinstehender Zinseinkünfte oberhalb von 801 Euro im Jahr hatte. Kommt der Rentner damit über die Freibetrags-Schwelle von 7.834 Euro (bei Verheirateten: 15.668 Euro) im Jahr, dann wird er für den Fiskus interessant. W.B.



Die Bundesliga im Blindenfußball startet in die zweite Saison Kampf um den Meistertitel

Die Deutsche Blindenfußballbundesliga (DBFL) startet in ihre zweite Saison. Von März bis Juni ringen neun Teams aus Berlin, Würzburg, Chemnitz, Dortmund, Gelsenkirchen, Hamburg, Köln, Mainz, Marburg und Stuttgart erneut um den deutschen Meistertitel. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) bietet umfangreichen Service für Fans dieses spannenden Sports.

In der deutschen Blindenfußball-Landschaft ist Bewegung: An 13 Orten wird bereits trainiert, an vier weiteren sind Teams im Aufbau. Mit neun Mannschaften haben sich zur DBFL 2009 eine mehr gemeldet als im letzten Jahr. In vielen Teams gibt es Spielerwechsel und neue Spieler. So werden die Karten neu gemischt und es wird spannend, ob die Favoriten von 2008 auch dieses Jahr wieder punkten können und ob der deutsche Meister Marburg seinen Titel verteidigen kann.

Die Spieltage: 18./19. April in Mainz, 16./17. Mai in Stuttgart, 20./21. Juni in Köln. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) als Initiator von Blinden-

denfußball in Deutschland und die Deutsche Blindenfußballbundesliga (DBFL) wenden sich in dieser Saison besonders dem Service für blinde und sehbehinderte Fußballfans zu – mit umfangreichen Informationen und einem Begleitservice vor Ort.

Die barrierefreie Stadionzeitung „voy“ enthält alles, was es über Blindenfußball und die Liga zu wissen gilt: den Spielplan und die jeweils aktuelle Tabelle, Infos über die Spielorte und Wegbeschreibungen, Portraits der Teams, das DBSV-Tippspiel zur Liga mit interessanten Preisen, allgemeine Infos über Blindenfußball und darüber, was Fans beachten sollten, sowie Service-Hinweise für die Fans.

Das Magazin liegt an allen Spielorten zum Mitnehmen aus und kann auf einem mp3-Spieler ausgeliehen werden. Wer nicht vor Ort ist, kann die kostenlose Stadionzeitung als „DAISY-CD“ beim DBSV bestellen (Torsten Resa, Tel.: 030/285 38 72 81, E-Mail: t.resa@dbsv.org). Unter www.blindenfußball.info kann „voy“ als Text- oder Audiodatei heruntergeladen werden.

Wer ohne sehende Begleitung zu den Spielen kommen will, kann das Begleit- und Betreuungspersonal im Stadion in Anspruch nehmen. Die Besucher können von der nächsten Haltestelle abgeholt werden und Hilfe bei der Orientierung im Stadion bekommen. Auch dieser Service ist kostenfrei, eine Voranmeldung beim DBSV ist unbedingt erforderlich (Kontakt über Torsten Resa, siehe oben).

Blindenfußball wird in Deutschland von Frauen und



Foto: Schlemmer

Beim 1. internationalen Blindenfußballturnier 2006 holte sich die Mannschaft aus Spanien den Pokal. Im Endspiel auf dem Potsdamer Platz in Berlin scheiterte dabei Brasiliens Stürmer Severino Silva (Mitte) an der spanischen Abwehr.

Männern jeden Alters gespielt. Im Rahmen seines Blindenfußballprojektes fördert der DBSV die Entwicklung von Blindenfußball, um Menschen mit Seheinschränkung eine weitere Möglichkeit für Integration, Rehabilitation und Teilhabe zu eröffnen. Die Spiele der Deutschen Blindenfußballbundesliga werden gemeinsam vom Deutschen Behindertensportverband, der Sepp-Herberger-Stiftung und dem DBSV organisiert.

Der Newsletter „DBSV-direkt“ ist der Online-Informationsservice des DBSV. Kontakt: Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV), Rungestraße 19, 10179 Berlin. Tel.: 030/28 53 870 Fax: 030/2 85 38 72 00, E-Mail: info@dbsv.org, Homepage: www.dbsv.org. Den Blinden- und Sehbehindertenverein in Ihrer Nähe erreichen Sie unter der Tel.: 01805/ 66 64 56 (0,14 Euro/Min.).

Buchtipps

„Erfolgreich bewerben mit 45plus“

In der Mitte des Lebens zwischen allen Stühlen: Wer heute um das Alter von 45 Jahren den Arbeitsplatz verliert, sieht sich mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert: Die Einstellungskriterien der Personalchefs lauten häufig „jung“ und „unverbraucht“ und entsprechend erweist sich der Weg zurück in ein geregeltes Arbeitsverhältnis für die reifere Altersgruppe oft als steinig – ungeachtet der Tatsache, dass namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft täglich unter Beweis stellen, dass zwischen Leistungsfähigkeit und kalendarischem Alter keineswegs ein Zusammenhang bestehen muss.

Als Diplompsychologen und Bewerbungsstrategen geben Jürgen Hesse und Hans Christian Schrader deshalb allen Betroffenen kompetente Hilfestellung. Sei es das Erkennen erster Warnzeichen einer bevorstehenden Entlassung, das sichere Auftreten in Kündigungs- und Abfindungsverhandlungen oder der Gang zum Arbeitsamt – das Expertenteam unterstützt mit wichtigen Tipps und hilft den Kandidaten, sich ihr Selbstbewusstsein zu bewahren und die Arbeitssuche kalkuliert und entschlossen anzugehen.

Schritt für Schritt begleitet das Buch auf allen Stationen des Bewerbungsverfahrens. Neben den Ansatzpunkten Arbeitsamt und Zeitungsanzeige werden besonders auch neue Anlaufstellen thematisiert: Im Ratgeber enthaltene, systematische Anleitungen machen es möglich, die Informationsbeschaffung via Internet ebenso wie die Onlinebewerbung für die eigene Stellensuche nutzbar zu machen. Es wird demonstriert, wie mit Kreativität vor allem der Faktor des Alters in einen überzeugenden Vorteil des Kandidaten verwandelt werden kann.

Jürgen Hesse, Hans Christian Schrader: *Erfolgreich bewerben mit 45plus*. Eichborn Verlag 2007, 327 Seiten (broschiert), ISBN 978-3-8218-5926-2, 19,90 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges insgesamt fünf Exemplare. Schicken Sie eine E-Mail an: buchtipps@sovd.de, bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Buchtipps“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. April 2009.

Besuchen Sie unsere Homepage!

www.sovd.de



Die Broschüre „Das 1. internationale Blindenfußballturnier – ein Rückblick und ein Ausblick“ ist gegen Zusendung eines mit 0,85 Euro frankierten A4-Rückumschlages erhältlich beim SoVD-Bundesverband, Abteilung Versand, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Wie funktioniert Blindenfußball?

Mit dem ersten internationalen Blindenfußballturnier am 26. und 27. Mai 2006 in Berlin begann die Geschichte des Blindenfußballs in Deutschland. Hier gab es bisher keinen organisierten, vereinsangehörigen Blindenfußball wie etwa in Südamerika, England oder Spanien. Dies wollten Vertreter des Sozialverband Deutschland (SoVD), des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV) in Zusammenarbeit mit dem Behinderten-Sportverband Berlin (BSB) und dem Unternehmen Hartl + Tank ändern. Sie entwickelten Ideen für eine Etablierung des Blindenfußballs in Deutschland und organisierten die Austragung eines ersten repräsentativen Turniers in Berlin – des International Blind Challenge Cup (IBCC).

Der Spielablauf: Gespielt wird auf einem etwa 20 x 40 Meter großen, rechteckigen Feld, dessen Längsseiten von stabilen Seitenbändern begrenzt werden. Eine glatte Vorderfront dieser Bänder ohne ins Feld ragende Füße ist essentiell, da die Spieler über die Bänder spielen und sich während

des Spiels an ihr entlang tasten. Blindenfußball wird international vielfach in der Halle gespielt, ist unter entsprechenden Bedingungen (ruhige Lage der Spielstätte) jedoch auch im Freien spielbar. Kunstrasen oder natürlicher Rasen bilden den Untergrund. Laut dem Regelwerk für den Blindenfußball, das von der Dachorganisation für Blindensport in Europa, der International Blind Sports Federation (IBSA), in Anlehnung an das Fußball-Regelwerk der FIFA entwickelt wurde, sind im Wettkampfgeschehen folgende Regeln bindend:

Die Regeln:

- Das Feld ist 38 bis 42 Meter lang und 18 bis 22 Meter breit. In der Mitte der Spielfläche befindet sich ein Kreis von sechs Metern Durchmesser. Eine mittig durch den Kreis gezogene Linie teilt das Feld in zwei Hälften.
- Das Tor ist drei Meter breit und zwei Meter hoch, der Torraum um das Tor herum beträgt 5 x 2 Meter.
- Strafstoße werden von einem Punkt sechs Meter vom Zentrum des Tors entfernt ausgeführt.

- In acht Metern Entfernung vom Zentrum des Tores befindet sich ein weiterer Punkt auf dem Feld, von dem aus Freistoße vorgenommen werden. Das ist ein Unterschied zum Fußball sehender Spieler, die ihre Freistoße von jedem Punkt innerhalb des Spielfeldes ausführen.
- Die Spieldauer beträgt 50 Minuten bei zwei Halbzeiten von je 25 Minuten.
- Der Ball besteht aus Leder oder Synthetik, hat einen Umfang von 62 cm und ein Gewicht von 490 bis 520 Gramm. Er ist damit kleiner und schwerer als der FIFA-Fußball. Im Inneren ist er mit mehreren lauten Rasseln versehen. (Er wird in Brasilien von Straßengefangenen hergestellt und ist in Europa schwer zu erwerben.)
- Erforderlich ist eine Beschallungsanlage in der Nähe des Zeitnehmers, um time outs verbal mitzuteilen und das Publikum um Ruhe zu bitten.
- Im Blindenfußball gibt es keine Abseitsregel.

wikipedia

Christoph Drösser beantwortet Fragen des Alltags

Darf man Schlafwandler tatsächlich nicht wecken?

Erleiden Menschen, die schlafwandeln, einen tödlichen Schock, wenn man sie aufweckt?



se oder Abgründe zu achten. Das Ziel beim Umgang mit dem Nachtwandler sollte sein, ihn behutsam dazu zu bringen, ins Bett zurückzukehren und dort weiterzuschlafen. Am besten greift man den Schlafwandler sanft am Arm und dirigiert ihn an Hindernissen vorbei zum Schlaf-

Tödlich ist der „Schock“ beim Aufwachen allenfalls, wenn der Schlafwandler zum Beispiel an einem offenen Fenster oder am oberen Ende einer Treppe steht und Gefahr läuft, vor Schreck hinunterzufallen. Trotzdem raten die meisten Schlafforscher dazu, nicht zu versuchen, Schlafwandler aufzuwecken, um sie von ihrem nächtlichen Treiben abzubringen.

Ein Fünftel aller Kinder wandelt gelegentlich im Schlaf – bis zum Erwachsenenalter reduziert sich diese Quote auf etwa ein Prozent. Schlafwandler befinden sich im Tiefschlaf, deshalb ist es ohnehin schwierig, sie zu wecken. Gelingt es, dann reagiert der Betroffene verwirrt, er weiß meist nicht, wo er sich befindet und wie er in die eventuell peinliche Lage geraten ist. Und in einer riskanten Situation kann das plötzliche Aufwecken die Gefahr sogar noch vergrößern.

Somnambule Menschen bewegen sich nicht wirklich mit „schlafwandlerischer“ Sicherheit – sie folgen oft einer Lichtquelle (früher war das öfter der Mond) und gehen dabei stur geradeaus, ohne auf Hindernis-

zimmer. Wenn er sich wehrt, weil er meint, eine bestimmte Aufgabe erfüllen zu müssen, etwa die Wohnung zu putzen, kann es hilfreich sein, auf diese Vorstellung (scheinbar) einzugehen. Mit manchen Schlafwandlern kann man darüber reden, diskutieren ist allerdings meist zwecklos. Und am nächsten Morgen haben sie in der Regel vergessen, was in der Nacht vorgefallen ist.



Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

		8	5	4				2
7				3	1			6
		9		7				8
2			4			5	3	
		3	1		8			
	8	4			7			1
	5			2	4			
	1	7	9					8
4				8	5	7		

Auflösung des Vormonats

6	9	3	5	2	7	1	8	4
5	8	1	6	4	9	3	2	7
4	2	7	8	3	1	9	5	6
7	4	6	1	9	5	2	3	8
1	3	9	2	8	4	7	6	5
8	5	2	7	6	3	4	1	9
3	7	8	4	1	6	5	9	2
9	6	4	3	5	2	8	7	1
2	1	5	9	7	8	6	4	3

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Variante: MITTEL

4			8	6				9
	5		4	9				
	3	9					1	6
			6		7			
	1		5				2	
		3	7					
2	8				5	3		
			6		2		8	
3		5	4					2

Auflösung des Vormonats

2	6	4	8	1	9	3	7	5
1	3	5	4	2	7	6	8	9
9	8	7	3	5	6	4	1	2
3	5	9	6	7	8	1	2	4
6	2	1	9	4	5	8	3	7
7	4	8	1	3	2	5	9	6
5	1	3	2	9	4	7	6	8
4	9	6	7	8	3	2	5	1
8	7	2	5	6	1	9	4	3

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

dt. Komponist	ziehender Glieder-schmerz	Hunde-name b. Wilhelm Busch	dän.Ne-me der Insel Aisen	japan. Zwerg-baum	Gelieb-ter der Isolde	Einheit der elektrischen Spannung	Hunde-schar z. Hetz-jagd	Sauer-zufluss	Spitz-hacke
Pas-sions-spielort in Tirol		Fußball-spieler Lage, Situation				8	Ton-kunst		
Stadt bei Düsseldorf			Nutzungs-gebühr in vielen See-bädern		Donau-Zufluss bei Ulm			Wochen-tag	Ex-perte, Rou-tinier
Gewürz		norddt.: Endstück des Brotes					ugs.: abheben	Abk.: Frei-körper-kultur	4
		früh. Berliner Renn-strecke		2	Männer-name		Zwei-kanal-ton		
Halbton unter g	extrem, rück-sichts-los	kleines Wechsel-speicher-medium	Rand-beet					Körper-organ	Vortrag
Ver-minde-rung						groß-blütiger Zier-strauch		ugs.: Ver-stand	
Kuchen-gewürz			zweiter dt. Bundes-kanzler		ital.: Markt-platz		ugs.: Geld		
Textil-betrieb	Prosa-werk	Ausstel-lungs-stück						Ge-treide-unkraut	
						Grund-stoff-teichen	Flei-scher (süddt.)		12
Düsseldorfer Ein-kaufs-melle/Kw.		italie-nisch: sechs							
Leiter e. Gesund-heits-behörde							Zeichen für Thulium	Kfz-Z. Giarus (Schweiz)	
norddt.: Lumpen	ugs.: miss-günstiger Mensch			unan-ständig					

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

V	O	R	M	U	N	D	E	R	B	M	A	S	S	R	B	A
M	A	N	D	L	E	I	N	H	E	I	T	N	E	S	S	E
M	A	N	K	E	N	N	E	S	O	N	L	I	S	A	A	A
K	E	N	N	E	S	O	N	L	I	S	A	A	A	A	A	A
R	E	G	A	J	E	N	E	S	O	N	L	I	S	A	A	A
F	E	D	O	R	E	N	E	S	O	N	L	I	S	A	A	A
P	R	O	B	A	N	D	E	R	B	M	A	S	S	R	B	A
I	R	I	N	D	E	R	B	M	A	S	S	R	B	A	S	S
E	F	E	N	D	E	R	B	M	A	S	S	R	B	A	S	S
N	E	N	A	N	A	N	A	N	A	N	A	N	A	N	A	N

Telefonaktion (1-13)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
 Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Die Gewinner / -innen vom März

- Die Namen der Gewinner/-innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.
- | | | |
|--|---|---|
| <p>Kreuzworträtsel</p> <ul style="list-style-type: none"> Rolf Gerberding (Warmesen) Günther Jendrosch (Stadensen) Edeltraud Warnecke (Auetal) | <p>Sudoku</p> <ul style="list-style-type: none"> Gisela Kley (Bielefeld) Dieter Scheffer (Uetersen) Anneli Westphal (Hardeggen) | <p>Buchtipps</p> <ul style="list-style-type: none"> Edeltraud Finster (Elsenfeld) Regina Herden (Rinteln) Iris Hillebrecht (Lehrte) Günter Olonschek (Bremerhaven) Friedlinde Schiller-Struckmann (Oldenburg) |
|--|---|---|

Zunehmende Gefahr durch Zecken

Jetzt krabbeln sie wieder: Zecken. Hochsaison haben die kleinen Vampire gewöhnlich von April bis Oktober, bei wärmerem Wetter aber auch früher. Denn Zecken richten sich nicht nach der Jahreszeit, sondern nach der Temperatur. Mit der Frühlingssonne und ab etwa acht Grad Celsius erwachen die winzigen Blutsauger aus ihrem Winterschlaf. Und sobald die Plagegeister Wald- und Wiesenboden bevölkern, steigt die Infektionsgefahr für Menschen. Denn der kleine Stich kann schlimme Folgen haben: Zecken und die von ihnen übertragenen Krankheiten, Lyme-Borreliose und die Hirnhautentzündung FSME (Frühsommer-Meningoenzephalitis), bleiben auch weiterhin auf dem Vormarsch. Das belegen Daten der DAK: So wurde im Jahr 2006 bei 22276 Versicherten eine Lyme-Borreliose diagnostiziert. 2007 waren es bereits 23310 – ein Anstieg von mehr als 1000 Versicherten. Insgesamt infizieren sich nach bisherigen Schätzungen jährlich mindestens zwischen 40000 und 60000 Menschen in Deutschland. Die Lyme-Borreliose ist damit die in Deutschland am häufigsten vorkommende durch Zecken übertragene Infektionskrankheit. DAK

Die Frage des Monats

Im März hatten wir gefragt, ob Sie Hinweise auf Lebensmitteln für sinnvoll halten, mit denen Verbraucher vor einem hohen Zucker- oder Fettgehalt gewarnt werden. Die Abstimmung verlief eindeutig: 95 Prozent begrüßten den Vorschlag, lediglich 5 Prozent hielten ihn für unnötig.
Die Frage des Monats April lautet: „Die für das Jahr 2009 angekündigte Rentenerhöhung gleicht den Kaufkraftverlust der Renten zumindest teilweise aus. Glauben Sie, dass dieses Signal über die Bundestagswahl hinaus auch für die kommenden Jahre Bestand haben wird?“
 Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage www.sovd.de. Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren. Die Redaktion wertet alle Antworten aus und bemüht sich, diese – eventuell gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

Besuchen Sie unsere barrierefreie Homepage www.sovd.de

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).
 Internet (www.sovd.de): Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: kontakt@sovd.de

Impressum
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Joachim Baars, Veronica Sina; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer; Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 04792 / 22 16, Fax: 04792 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel. Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. Verbreitete Auflage, IVW, 4. Quartal 2008: 397 587 Exemplare.





Ursula von der Leyen zeichnete Wettbewerbsgewinner aus

„Moderne Altenpflege heute“

Auf dem Festival der Altenpflege in Köln hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Mitte März die Gewinnerinnen und Gewinner des Wettbewerbs „Moderne Altenpflege heute“ ausgezeichnet. Bundesweit waren Pflegekräfte und Auszubildende in der Altenpflege aufgerufen, aus ihrem Blickwinkel zu zeigen, was sie unter moderner Altenpflege verstehen.

Das Festival der Altenpflege und der Wettbewerb sind Höhepunkte der Fachkampagne „Berufsfeld: Moderne Altenpflege“. Sie steht unter dem Motto „Was wir können, können nur wir“ und soll die Perspektiven aufzeigen, die die Altenpflege als Berufsfeld bietet. Bundesinnenministerin Ursula von der Leyen lobte das Engagement der in diesem Bereich arbeitenden Menschen: „Die Altenpflege ist ein Schlüsselberuf in unserer Gesellschaft des langen Lebens. Mit dem Festival richten wir heute die Scheinwerfer auf alle Pflegekräfte und Auszubildenden, die tagtäglich den pflegebedürftigen Menschen und ihren Familien zur Seite stehen. Sie sorgen dafür, dass der ‚Alt-Tag‘ der Betreuten lebenswert ist. Sie leisten Großartiges für unsere Gesellschaft. Dafür gebührt ihnen unser Dank.“

Von der Leyen verwies weiterhin auf die jetzt schon große Bedeutung der Altenpflege und äußerte die Prognose, dass diese in Zukunft weiter zunehmen werde. Sie wünsche sich, dass sich möglichst viele Menschen für dieses spannende und vielseitige



Foto: Moderne Altenpflege

Bundeministerin Ursula von der Leyen (li.) besucht eine Unterrichtsstunde zum Thema Biografiearbeit der EJM-Lazarus-Berufsfachschule für Altenpflege in Berlin.

Berufsfeld entscheiden.

Die Veranstaltung in den Kölner Balloni-Hallen sollte das berufliche Selbstverständnis und die Modernität der Branche zum Ausdruck bringen sowie Pflegekräften und

Auszubildenden eine Plattform für Vernetzung und Fachaustausch bieten. Höhepunkt war die Auszeichnung der Siegerinnen und Sieger des Wettbewerbs „Moderne Altenpflege heute“. In vier Kategorien gab es

Erhebung des Statistischen Bundesamtes

Elterngeldbetrag konstant

Bei knapp 87 Prozent aller Eltern, die deutschlandweit Elterngeld erhalten, verändert sich der bewilligte Elterngeldbetrag vom ersten zum letzten Bezugsmonat nicht. Bei den Müttern bleibt die Anspruchshöhe bei nahezu 86% unverändert, bei den Vätern trifft dies zu 91% zu, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt.

Die Statistik zu den im Jahr 2008 beendeten Elterngeldbezügen erlaubt erstmals einen Vergleich der Anspruchshöhe im ersten und letzten Bezugsmonat. Bei rund 13 Prozent der Beziehenden verringerte sich danach der bewilligte Elterngeldbetrag zwischen dem ersten und letzten Bezugsmonat. Dies traf in höherem Maße bei Müttern als bei Vätern zu. Während jeder zwanzigste Vater im letzten Bezugsmonat weniger Elterngeld erhielt als im ersten Monat, war dies bei jeder siebten Mutter der Fall. Bei rund einem Prozent aller Berechtigten war der Anspruch im letzten Monat höher als im ersten Bezugsmonat.

Differenzierte Ergebnisse der Elterngeldstatistik für 2008 sind abrufbar im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/publikationen.

einen Einzel- oder Gruppenpreis zu gewinnen. Nahezu 300 Pflegekräfte und Auszubildende in der Altenpflege haben sich an dem Wettbewerb beteiligt.

Die Kategorien sowie Preisträgerinnen und Preisträger sind:

Nicole Calov, Janina Hermann, Claudia Remke, Adriana Schnettler und Anne Wiedner für den Beitrag „Türen öffnen“ (Kategorie: Moderne Altenpflege will gelernt sein),

Gian Algarotti und Steffen Stern für den Beitrag „Peperoni – Der Altenpflegeclown“ (Kategorie: Moderne Altenpflege macht den ‚Alt-Tag‘

lebenswert),

Gabriele Quast, Denny Schuer und Marlen Singer für den Beitrag „Was wir können, können nur wir“ (Kategorie: Moderne Altenpflege verdient gute Rahmenbedingungen),

Martin Fischer für den Beitrag „Generationen im Pflegeheim“ (Kategorie: Moderne Altenpflege wird für uns alle immer wichtiger).

Weitere Informationen zu der Fachkampagne, zum Festival und zu den prämierten Beiträgen des Wettbewerbs finden Sie unter www.bmfsfj.de sowie www.die-moderne-altenpflege.de.

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,-,- Anlieferung mögl. ☎ **051 08/92 54 96**

Briefe- und Ansichtskarten-Nachlass gesucht. H. Wübbena ☎ **Chiffre 2030**

Suche altes Angelgerät, Rollen, Ruten, Köder, Kataloge ☎ **046 72/77 87 0**

Ihr Bruch
Spranzband - 60
 Ohne Feder, ohne Schenkellriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.
Ausschn. u. einsenden - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

Treppenlifte
 neu und gebraucht
Qualität zu günstigen Preisen.
 Kostenloses Angebot: 0,09 EUR/min
Tel. 0180 - 35 36 37 1
 Ihr regionaler Partner in:
 Hamburg
 Schwerin
 Bremen
 Hannover
 Bielefeld
 Dortmund
 Köln
 Frankfurt
 Stuttgart
 Augsburg
 a&p
 Treppenlifte GmbH
 Weserstr. 24
 27283 Verden
www.treppenlift-discount.de

ABEG Treppenlift GmbH
 Hier erhalten Sie alle Informationen über Treppenlifte/Plattformlifte, bundesweit, **kostenlos** und unverbindlich!
www.abeg-treppenlift-gmbh.de
0800 / 399 80 30
 0,0 Cent/min.
 Kooperationspartner des SoVD
 Sozialverband Deutschland

Kleines Haus in Ungarn zw. Balaton und Bad Heviz, Keszthely-Gartenstadt, wegen Krankh. z. verk. 56m². Schöne Aussicht i. Hanglage. Garage, Terrasse, schöner Garten. Voll Möbl. 1130m² Grundst. Auch als Sommerh. geeignet. VB 50.000,-,- ☎ **094 67/14 96**

Suche ebenerdiges Haus oder Ferienwohnung für Rollstuhlfahrer auf Insel oder in Küstennähe der Nordsee zu kaufen ☎ **Chiffre 2028**

Er, 62 Jahre, 165 sucht nette Frau, mollig bis sehr mollig für eine feste Dauerfreundschaft ☎ **Chiffre 2018**

Treppenlifte ab 2.500,-,-
Elektromobile ab 1.498,-,-
0 50 53 / 12 28
www.treppenliftservice.de

Gehen, Stehen, Sitzen wo Sie wollen
 Endlich EIN Stock für Alles!
 kostenlose Broschüre anfordern unter 0800 0000 9449
www.flipstick.de

VITAL Elektromobile
 Hersteller

 TÜV
 Reichweiten bis zu 100km
 6 bis 15km/h
 Führerscheinfrei
ab 1.490€
 *Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell
Kostenlosen Prospekt anfordern!
Tel. 02351/953060
 EAT Gundermann GmbH SoVD
 Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheld

Elektromobile SCHOLZ
 Stadtblick 14 • 38112 Braunschweig
Mobilitätsprodukte
 Elektromobile • Treppenlifte • Badelifte
 Der Solo QS4 – ein revolutionäres Elektromobil entspanntes, komfortables, schmerzfreies Fahren durch patentierte Federung
 15 km/h
 auch gebrauchte E-Mobile
 TÜV geprüft
 Finanzierung (Miete/Leasing) bei 25% Anzahlung ohne Altersbeschränkung
 Tel.-kostenl. **0800 - 327 3270** Gratisprospekt
www.elektromobile-scholz.de

„NEUE STIMMEN BRAUCHT DAS LAND...“
 Suchst Du ein Hobby? Dann mach mit! Shanty-Chor Neumünster sucht Sänger, Akkordeon- oder Gitarrenspieler/in
Infos: 0 43 21/52 94 46 o. 0 43 21/6 51 50

Männer über 50
 ...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit Rinderhodendextrakt und Potenzholz zur Stärkung ohne Nebenwirkung. 1 Packg. 28,- inkl. Versandkosten. Jetzt bestellen – erst in 14 Tagen bezahlen.
Otto Blocherer • Abt. 1 • Friedensstraße 4
Tel. 08 21/43 45 57 • 86391 Stadtbergen

E-Scot-Mobil 15 km/h, 05/07, mit Zubehör wegen Todesfall zu verkaufen NP 3.000,-,- Preis VB ☎ **0160/610 27 47**

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an: Anzeigen-Verwaltung U. Struckmeyer Postfach 12 66 27723 Worpswede

Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung
 U. Struckmeyer
 Postfach 12 66 • D-27723 Worpswede • Tel.: 0 47 92/22 16
 Fax: 0 47 92/35 30 • E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen
 An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro	incl. 19% MwSt.
3 Zeilen = 17,85 Euro	incl. 19% MwSt.
4 Zeilen = 23,80 Euro	incl. 19% MwSt.
5 Zeilen = 29,75 Euro	incl. 19% MwSt.
je weitere Zeile = 5,95 Euro	incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

